

Bayerns Finanzen in der Krise: Holetschek fordert Kassensturz!

CSU kündigt außerplanmäßigen Kassensturz an: sinkende Steuereinnahmen in Bayern erfordern neue finanzielle Prioritäten.



Nürnberg, Deutschland - Die finanzielle Situation in Bayern wird zunehmend prekär, da die Steuereinnahmen stagnieren und ein deutlicher Rückgang prognostiziert wird. Laut den aktuellen Informationen von **PNP** kündigte Klaus Holetschek, der CSU-Landtagsfraktionschef, einen außerplanmäßigen Kassensturz an. Diese Maßnahme soll die besorgniserregenden finanziellen Perspektiven für den Freistaat beleuchten und eine Haushaltsklausur vor der Sommerpause einberufen, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Holetschek hebt hervor, wie wichtig es ist, transparent darzustellen, was der bayerische Staat sich leisten kann und leisten muss. In der kommenden Woche wird eine neue

Steuerschätzung erwartet, die vermutlich negative Prognosen zeigen wird. Die bayerische Wirtschaft leidet unter einer schwierigen konjunkturellen Entwicklung, die zu sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Ausgaben führt. Trotz der Bemühungen der Staatsregierung, die Flaute durch Eingriffe in Rücklagen zu kompensieren, wird diese Vorgehensweise als nicht nachhaltig angesehen.

Kritische Finanzlage

Die Zahlen sind alarmierend: Bayern muss bis 2025 insgesamt 1,1 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen einplanen, als ursprünglich vorgesehen. Für 2024 wird ein Rückgang um etwa 600 Millionen Euro und für 2025 um weitere 500 Millionen Euro prognostiziert, wie von **Süddeutscher Zeitung** berichtet. Finanzminister Albert Füracker kritisierte die politische Lage in Berlin und forderte Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Füracker bezeichnete die aktuelle Steuerschätzung als Alarmsignal und betonte die Notwendigkeit konjunktureller Maßnahmen, um neues Vertrauen in die Wirtschaft zu gewinnen. Er wies auf ein höheres Wirtschaftswachstum in anderen Ländern hin, was im Vergleich zur bayerischen Lage besorgniserregend sei. Der Doppelhaushalt für 2024 und 2025 umfasst 149 Milliarden Euro, in dem bereits auf die rückläufigen Steuereinnahmen reagiert wurde.

Prioritäten und Projekte im Fokus

Obwohl aktuell kein Handlungsbedarf für den Etat besteht, könnte ein Nachtragshaushalt notwendig werden, falls die negativen Trends in der Steuerschätzung im Herbst anhalten. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen auch die prioritär benötigten Mittel für soziale Projekte. Kommunen haben wiederholt auf fehlende Fördermittel des Freistaats im sozialen Wohnungsbau hingewiesen.

Holetschek verspricht trotzdem, dass versprochene Projekte, wie

der Ausbau bayerischer Universitätskliniken, eingehalten werden. Zudem erwartet er, dass die neue Bundesregierung zusätzliche Ressourcen bereitstellt, um die finanziellen Herausforderungen zu meistern. Diese Problematik wird den Landtag in den kommenden Sitzungen beschäftigen, da der Haushaltsplan zur Verabschiedung im Juni ansteht.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Nürnberg, Deutschland
Quellen	• www.pnp.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de